

§ 26f AGG

(1) Die oder der Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung ist berechtigt, über [Personen](#), die ihr oder ihm in ihrer oder seiner [Eigenschaft](#) als Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes [Tatsachen](#) anvertraut haben, sowie über diese [Tatsachen](#) selbst das Zeugnis zu verweigern. Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung reicht, darf von ihr oder ihm nicht gefordert werden, Akten oder andere Dokumente vorzulegen oder herauszugeben.

(2) Das Zeugnisverweigerungsrecht gilt auch für die der oder dem Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung zugewiesenen Beschäftigten mit der Maßgabe, dass über die Ausübung dieses Rechts die oder der Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung entscheidet.